



299 Bericht von Karl Brenke und Alexander S. Kritikos

Wohin die Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 wanderte

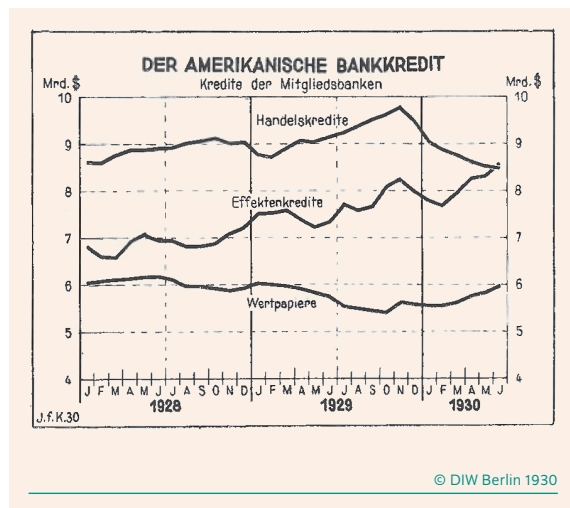
- Wählerschaften von CDU/CSU und SPD ähneln sozialer Zusammensetzung aller Wahlberechtigten; gleiches gilt für die Linke
- Viele Beschäftigte mit einfacher und mittlerer Qualifikation kehrten diesen Parteien den Rücken; FDP und AfD profitierten
- Grüne wurden noch westlicher, sprechen vor allem Frauen und höher Qualifizierte an; AfD zweite Ostpartei und Arbeiterpartei, sie wurde überwiegend von Männern gewählt

311 Interview mit Alexander S. Kritikos

312 Kommentar von Alexander S. Kritikos

Mehr Wertschätzung für Selbstständige und Kleinstunternehmen

Die Kreditbanken. (Mitgliedsbanken des Federal-Reserve-Systems.)



Die Ausweise der wöchentlich berichtenden „Mitgliedsbanken“ zeigen, daß das eigentliche Ziel der im November eingeleiteten Geldmarktpolitik – Ausdehnung der Kredite an Industrie und Handel zwecks Ankurbelung der Wirtschaft – bisher nicht erreicht worden ist. Die Kredite an die Wirtschaft sind nicht nur nicht gestiegen, sondern von November 1929 bis Juni 1930 um mehr als 1,3 Mrd. Doll. gesunken. Die erhöhte Geldflüssigkeit hat zwar die Kreditbereitschaft der Banken erheblich verstärkt; die Wirtschaft hat aber von der Möglichkeit erweiterter Kreditaufnahme keinen Gebrauch gemacht.

Allerdings muss man berücksichtigen, daß auch im Jahr 1924 und Ende 1927 die „open-market-policy“ nicht sofort eine Zunahme der Kredite an die Wirtschaft ausgelöst hatte. Die Geldmarktverflüssigung hatte damals zur Folge, daß die Kreditbanken in stärkerem Umfang festverzinsliche Wertpapiere kauften; die Banken hatten so ihre Mittel der Wirtschaft auf dem Weg über den Kapitalmarkt für neue Investitionen zugänglich gemacht. Aber auch dies ist gegenwärtig nur in geringem Umfang erreicht worden. Zwar haben die Banken seit Februar wieder Bonds angekauft; aber die Erhöhung ihrer eigenen Wertpapierbestände beschränkt sich diesmal auf 430 Mill. Dollar gegenüber 1080 Mill. Dollar im Jahr 1924 und 600 Mill. Dollar Ende 1927.

Aus dem Wochenbericht Nr. 17 vom 23. Juli 1930.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 22. April 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Markus M. Grabka

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

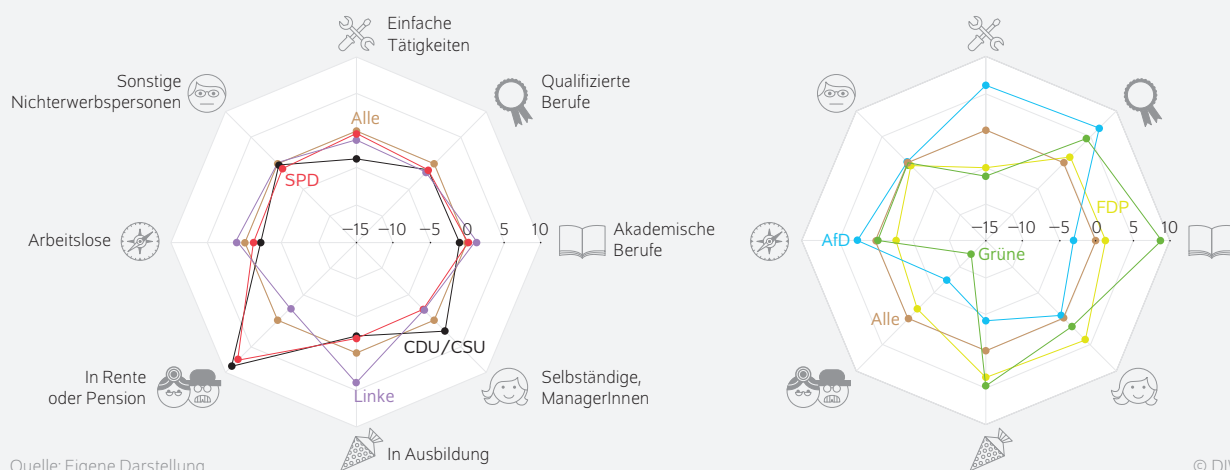
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

Wohin die Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 wanderte

Von Karl Brenke und Alexander S. Kritikos

- Wählerschaften von CDU/CSU und SPD ähneln trotz erheblicher Verluste immer noch der sozialen Zusammensetzung aller Wahlberechtigten; seit 2017 gilt das aber auch für die Linke
- Union und SPD waren als Volksparteien zuletzt weniger erfolgreich; sie vereinten vor allem überproportional viele Menschen im Ruhestand auf sich
- Wahlentscheidend waren 2017 die Wanderungen von Beschäftigten einfacher und mittlerer Qualifikation, von denen die AfD und FDP profitierten, zu geringerem Teil auch die Linke
- Grüne sprechen vor allem höher Qualifizierte, mehr Frauen und eher Personen in Westdeutschland an
- AfD erreichte insbesondere die Arbeiterschaft und gewann zudem Stimmen bei Männern und in Ostdeutschland

Wählerschaften der CDU/CSU, SPD und Linke sind der Erwerbsstruktur aller Wahlberechtigten sehr ähnlich, Wählerschaften der Grünen, AfD und FDP sind sehr spezifisch



ZITAT

„CDU/CSU und SPD können als Volkspartei bezeichnet werden, wenn es darum geht, dass die Wählerschaft einer Partei den Querschnitt der Bevölkerung abbildet. Bei den letzten Wahlen haben sie jedoch erhebliche Verluste erfahren. Das Konzept der Volkspartei ging bei der Bundestagswahl 2017 nicht mehr auf.“

— Alexander S. Kritikos —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Alexander S. Kritikos
www.diw.de/mediathek

Wohin die Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 wanderte

Von Karl Brenke und Alexander S. Kritikos

ABSTRACT

Trotz relativ großer Stammwählerschaften verbuchten CDU/CSU und SPD bei der Bundestagswahl 2017 starke Verluste, weil sich viel mehr frühere Wähler und Wählerinnen abwandten als neue hinzukamen. Vor allem Beschäftigte mit Tätigkeiten mittlerer Qualifikation sowie Personen im Ruhestand kehrten ihnen den Rücken. Das zeigen Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels. Von den Abwanderungen von den Unionsparteien konnten vor allem die FDP aber auch die AfD profitieren, von der Schwäche der SPD alle Parteien im Bundestag, also Union, Grüne, Linke, FDP und AfD. Letztere konnte zudem viele vorherige Nichtwähler und Nichtwählerinnen gewinnen. Die Wählerschaften von Union und SPD ähneln stark der sozialen Zusammensetzung aller Wahlberechtigten, weshalb sie als Volksparteien gelten können. Dieser Parteitypus war zuletzt offenkundig immer weniger erfolgreich, denn die Parteienlandschaft wurde vielfältiger. Auf der einen Seite haben sich die Grünen etabliert, die vor allem höher qualifizierte Beschäftigte eher in Westdeutschland ansprechen. Hier macht ihnen vermehrt die Linke Konkurrenz. Auf der anderen Seite findet sich die AfD, die insbesondere die im Erwerbsleben stehenden „kleinen Leute“ erreicht, die eher auf Distanz zu den etablierten Parteien gehen.

Die Corona-Krise hat den regierenden Unionsparteien, also der Christlich Demokratischen Partei Deutschlands und der Christlich-Sozialen Union (CDU/CSU) in den jüngsten Meinungsumfragen von Mitte April 2020 unversehens Zustimmungswerte von bis zu 38 Prozent beschert. Ihr Koalitionspartner, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), hat von der Euphorie weit weniger profitiert. Sie verharrt in den Umfragen noch unter dem Wahlergebnis aus dem Jahr 2017. Die Gewinner der letzten Bundestagswahl, die Freie Demokratische Partei (FDP) und die Alternative für Deutschland (AfD), haben in den jüngsten Umfragen an Zustimmung verloren. Aber aus der Vergangenheit ist auch bekannt, dass schwere Krisen und andere Ereignisse zu erheblichen Schwankungen bei den Zustimmungsraten für die einzelnen Parteien führen können, die nach gewisser Zeit auch wieder abflachen. Man denke zuletzt an die SPD, deren Umfragewerte zu Beginn des Jahres 2017 nach Verkündung der Kanzlerkandidatur von Martin Schulz kurz sehr stark nach oben und danach ebenso stark nach unten schossen.

Jenseits dieser Stimmungsschwankungen ist es daher von zentraler Bedeutung Wählerwanderungen zwischen Bundestagswahlen und Veränderungen in den Wählerstrukturen zu analysieren. Denn infolge der letzten Wahl vom September 2017 hat sich die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag erheblich verschoben. Die traditionell bedeutendsten Parteien CDU/CSU sowie SPD hatten stark an Zustimmung verloren: Zusammengekommen ging ihr Stimmenanteil um 13,8 Prozentpunkte oder um ein Fünftel zurück. Gleichzeitig haben die FDP sowie die AfD zusammengekommen um 13,8 Prozent zugelegt. Für Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gab es leichte Zuwächse.

Über das Wählerverhalten in der Bundesrepublik liegt eine Vielzahl politologischer Studien vor. Dabei wurde – zum Teil auf Basis theoretischer Fundierungen¹ – schon seit den fünfziger Jahren die Sozialstruktur der Wählerschaft

¹ Zu den theoretischen Grundlagen des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wählerschaft siehe u. a. Franz Urban Pappi (1977): Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Köln; Ulrich Kohler (2002): Der demokratische Klassenkampf, zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz. Dissertation, Mannheim.

Kasten

Datengrundlage

Im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ist das Wahlverhalten bei Bundestagswahlen erhoben worden – und zwar für die Wahlen der Jahre 2013 und 2017. Über frühere Wahlen gibt es keine Informationen. Aus erhebungstechnischen Gründen wurde die Stimmabgabe im Jahr nach der Wahl erfragt – also beispielsweise im Rahmen der Befragungswelle von 2018 für die Wahl im Jahr 2017.

Es ist bei Haushaltserhebungen schwierig, bestimmte Tatbestände zu erfassen, denn manche Befragte wollen die interessierenden Informationen ungern preisgeben. Zu solchen Tatbeständen zählt das Einkommen oder das Wahlverhalten. Daher gab es bei den SOEP-Erhebungen eine Reihe von Antwortverweigerungen bei der Frage nach der Wahlentscheidung; mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 betrug der Anteil der verweigernden Personen knapp sieben Prozent, hinsichtlich der Wahl 2017 waren es knapp neun Prozent. Überdies ergibt sich im Falle der SOEP-Daten, dass einige Befragte angegeben hatten, mehrere Parteien gewählt zu haben. Dabei muss es sich um Personen handeln, die bei der Erst- und bei der Zweitstimme unterschiedlich gewählt haben. Diese wurden, sofern erforderlich, getrennt ausgewiesen.

Bei einem Vergleich der SOEP-Daten mit den amtlich festgestellten Wahlergebnissen zeigt sich, dass beim SOEP übermäßig viele Stimmen auf SPD und Grüne entfallen, FDP und insbesondere die AfD sind dagegen unterrepräsentiert (Tabelle). Das könnte an Problemen bei der Stichprobenziehung liegen. Eine andere Ursache wäre, dass etwa die Wahl der AfD als sozial unerwünscht angesehen und deshalb ihre Wähler und Wählerinnen ihr Wahlverhalten für sich behalten. Riesig sind die Unterschiede zwischen amtlichem Wahlergebnis und SOEP aber nicht. Vor allem aber steht bei der hier vorgelegten Untersuchung der prozentuale Stimmenanteil, der auf die einzelnen Parteien entfällt, nicht im Mittelpunkt. Vielmehr kommt es auf die Wanderungsbewegungen zwischen den Parteien und auf die soziale Struktur der Wählerschaften der einzelnen Parteien an. Entsprechende Veränderungen zwischen den Wahlen sind im SOEP gut erfasst. Neben dem Wahlverhalten

Tabelle

Vergleich der amtlichen Wahlergebnisse mit den Befragungsergebnissen des Sozio-oekonomischen Panels Anteile in Prozent

	Amtliches Endergebnis für die Zweitstimmen	
	Struktur der Stimmenverteilung	
	2013	2017
CDU/CSU	41,5	32,9
SPD	25,7	20,5
Grüne	8,4	8,9
Linke	8,6	9,2
FDP	4,8	10,7
AfD	4,7	12,6
Sonstige	6,2	5,0
	100	100

	Das sozio-oekonomische Panel	
	Struktur der Stimmenverteilung	
	2013	2017
CDU/CSU	41,2	33,6
SPD	30,5	25,1
Grüne	10,4	11,5
Linke	6,9	8,4
FDP	2,7	8,3
AfD	2,4	8,6
Sonstige	4,6	3,6
Mehrere Parteien ¹	1,3	1,1
	100	100
Nachrichtlich: Personen, die eine Antwort verweigert haben.	6,7	8,6

1 Personen, die bei Erst- und Zweitstimmen unterschiedliche Parteien gewählt haben.

Quelle: Der Bundeswahlleiter; Sozio-oekonomisches Panel; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

wird bei den SOEP-Erhebungen auch die Zuneigung zu einer Partei erhoben. Die entsprechenden Fragen dazu wurden stetig gestellt – und seit der ersten SOEP-Welle im Jahr 1984. Bei der Analyse der Wählerwanderungen ist zu beachten, dass Erstwählerinnen und Erstwähler des Jahres 2017 aus der Analyse ausgeschlossen wurden.

untersucht.² Am DIW Berlin wurden beispielsweise Studien zu den Anhängerschaften der Grünen,³ der Linken⁴ sowie

der AfD durchgeführt.⁵ Im Folgenden wird der Blick darauf gerichtet, wie sich das Wahlverhalten zwischen den Bundestagswahlen der Jahre 2013 und 2017 verändert hat. Dabei geht es um Wählerwanderungen zwischen den Parteien, um die sozioökonomische Zusammensetzung der Wählerschaften der einzelnen Parteien sowie um deren Veränderungen zwischen den beiden Bundestagswahlen. Neben den Volksparteien liegt ein weiterer Schwerpunkt auf der AfD-Wählerschaft. Die Partei zog 2017 erstmals in den Bundestag

² Zu neueren wissenschaftlichen Studien siehe u. a. Dieter Roth (2008): Empirische Wahlforschung, Berlin; Franz Urban Pappi und Susumu Shikano (2007) Wahl- und Wählerforschung, Baden-Baden; Jürgen W. Falter und Harald Schön (2014): Handbuch Wahlforschung, Berlin. Siehe zuletzt auch: Elmar Brähler, Johannes Kiess und Oliver Decker (2016): Politische Einstellungen und Parteipräferenz: Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016. In: Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Leipzig. Zu früheren Studien am DIW Berlin in diesem Zusammenhang, siehe etwa Markus M. Grabka und Stefan Bach (2013): Parteienanhänger: Wohlhabende neigen zu Union und der FDP – und zu den Grünen. DIW Wochenbericht Nr. 37, 11–18 (online verfügbar); und Karl Brenke und Alexander S. Kritikos (2017): Wählerstruktur im Wandel. DIW Wochenbericht Nr. 29, 595–606 (online verfügbar).

³ Siehe Martin Kroh und Jürgen Schupp (2011): Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 12, 2–9 (online verfügbar).

⁴ Martin Kroh und Thomas Siedler (2008): Die Anhänger der „Linken“. Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41, 628–634 (online verfügbar).

⁵ Siehe Martin Kroh und Karoline Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34, 711–719 (online verfügbar); Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2016): Die AfD – eine Partei der Beserverdiener? IW-Kurzberichte 19; sowie Marcel Fratzscher, Christian Franz, Alexander S. Kritikos (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW Wochenbericht Nr. 8, 135–144 (online verfügbar).

Tabelle 1

Wählerwanderungen zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	Sonstige ¹	Nichtwählerschaft
Von der Wählerschaft der oben genannten Partei bei der Bundestagswahl 2013 waren ... Prozent bei der Bundestagswahl 2017 Wählerschaft der								
CDU/CSU	71	10	6	6	23	7	9	11
SPD	5	64	14	9	5	8	20	10
Grünen	2	7	65	2	4	3	10	2
Linken	1	5	7	56	2	2	9	5
FDP	8	4	4	2	55	13	6	4
AfD	6	4	0	13	5	50	14	11
Sonstige ¹	2	2	4	5	3	12	23	4
Nichtwählerschaft	4	5	1	8	4	7	9	52
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Von der Wählerschaft der oben genannten Partei bei der Bundestagswahl 2017 waren ... Prozent bei der Bundestagswahl 2013 Wählerschaft der								
CDU/CSU	79	8	9	6	40	28	19	11
SPD	8	71	17	18	16	12	14	11
Grünen	2	6	61	9	5	1	9	1
Linken	1	2	1	48	2	10	6	4
FDP	2	0	1	1	17	1	1	1
AfD	0	1	1	0	4	14	6	1
Sonstige ¹	1	4	5	7	4	10	27	4
Nichtwählerschaft	6	7	4	11	9	24	16	65
Nichtwahlberechtigte	1	1	1	1	2	0	2	3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

1 Einschließlich Personen, die mehrere der genannten Parteien wählten.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

ein und kam dabei auf einen zweistelligen Stimmenanteil, nachdem sie 2013 noch knapp gescheitert war. In den vier Jahren dazwischen hatte sich das inhaltliche Profil der Partei deutlich gewandelt.

Datengrundlage sind die Umfrageergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). In der seit kurzer Zeit vorliegenden Erhebung des Jahres 2018 wurde von den Befragten ihre Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2017 erfasst (Kasten).⁶ Entsprechende Ergebnisse gibt es auch für die Wahl von 2013. Die SOEP-Erhebungen haben zum einen den Vorteil, dass sie mehr Informationen über die Wählerschaften bereitstellen als etwa die amtliche „repräsentative Wahlstatistik“.⁷ Zum zweiten zeichnet sich das SOEP im Vergleich zu vielen anderen Umfragen zum Wählerverhalten durch eine relativ hohe Fallzahl aus. So wurden 2018 rund 23 000 Wahlberechtigte befragt. Dadurch wird es möglich, die Daten stark aufzugliedern. Zum dritten handelt es sich beim

SOEP um Wiederholungsbefragungen, sodass das Verhalten derselben Personen im Zeitverlauf betrachtet werden kann.

Stimmenverluste der Union nutzten FDP und AfD, die der SPD waren breit gestreut

Rund drei Fünftel der Wählerinnen und Wähler stimmten 2017 für eine Partei, die sie bereits im Jahr 2013 gewählt hatten. Die höchste Wählerbindung gelang 2017 den Unionsparteien mit rund 70 Prozent; SPD und Grüne wurden von rund zwei Dritteln wiedergewählt (Tabelle 1). Bei der Linken und der FDP trifft das nur auf etwas mehr als die Hälfte der 2013 abgegebenen Stimmen zu. Die AfD ist Schlusslicht bei der Wählerbindung. Ihr ging die Hälfte der Zustimmung aus dem Jahr 2013 verloren.

Gleichzeitig verbuchten FDP und AfD 2017 die größten Stimmengewinne, sodass die Wählerabgänge weit überkompensiert wurden. Die AfD hatte 2017 nur jede siebte Stimme auch schon 2013 erhalten, der Großteil der Stimmen kam also aus den anderen politischen Lagern: Rund ein Viertel der AfD-Wählerinnen und -Wähler hatte vier Jahre zuvor noch die Union gewählt, ein knappes weiteres Viertel entweder SPD oder Linke. Ein drittes Viertel hatte 2013 gar nicht gewählt. Abwanderungen gab es bei der AfD hin zur FDP sowie zu der Gruppe der Sonstigen. Hierunter fallen Personen, die 2017 mit Erst- und Zeitstimmen entweder unterschiedliche Parteien oder die kleineren Parteien gewählt

⁶ Zum Sozio-oekonomischen Panel vgl. Jan Goebel, Markus M. Grabka, Stefan Liebig, Martin Kroh, David Richter, Carsten Schröder, und Jürgen Schupp (2019): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP). In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239(2), 345–360.

⁷ Die repräsentative Wahlstatistik enthält im Wesentlichen nur Angaben über das Alter und über das Geschlecht; zudem erlaubt sie eine regionale Zuordnung, weil es sich um eine Quotenstichprobe handelt. Vgl. u. a. Elisabeth Noelle (1963): Umfragen in der Massengesellschaft. Einführung in die Methoden der Demoskopie. Reinbek; Peter von der Lippe (2011): Wie groß muss meine Stichprobe sein, damit sie repräsentativ ist? Diskussionsbeitrag aus der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen, Nr. 187; Peter von der Lippe und Andreas Kladobra (2002): Repräsentativität von Stichproben. In: Marketing, 24. Jg., Nr. 2, S. 227–238.

Tabelle 2

Parteitreue sowie Stimmenverluste und -gewinne von CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke

Anteil der Personen, die 2013 und 2017 dieselbe Partei wählten, und Anteil einer Gruppe am Stimmengewinn bzw. -verlust, in Prozent

Merkmale in Jahr 2014	CDU/CSU		SPD		Grüne		Linke		Alle Parteien
	Parteitreue Wählerschaft ¹	Stimmenverluste ²	Parteitreue Wählerschaft ¹	Stimmenverluste ²	Parteitreue Wählerschaft ¹	Stimmengewinne ²	Parteitreue Wählerschaft ¹	Stimmengewinne ²	Parteitreue Wählerschaft ¹
Erwerbsstatus									
Abhängig Beschäftigte mit									
einfachen manuellen Tätigkeiten	57	0	65	-1	23	-17	50	-3	59
qualifizierten manuellen Tätigkeiten	56	11	56	7	23	25	32	-9	52
einfachen nicht manuellen Tätigkeiten	60	3	61	0	65	20	42	-4	58
qualifizierten nicht manuellen Tätigkeiten	71	25	62	28	69	6	47	32	65
akademischen Berufen – naturwissenschaftl.	73	4	60	2	77	35	86	7	71
akademischen Berufen – sozialwissenschaftl., künstler.	59	3	59	3	78	22	78	8	65
akademischen Berufen – Lehrkräfte	75	3	72	1	77	-19	78	0	74
Solo-Selbständige	67	5	56	4	63	6	70	6	63
KleinunternehmerInnen	75	3	45	2	32	-5	83	5	64
ManagerInnen, UnternehmerInnen	74	4	76	3	62	-16	49	2	71
Auszubildende	53	1	41	5	69	16	73	7	47
In schulischer oder universitärer Ausbildung ³	53	1	50	5	40	8	74	25	53
In Rente oder Pension ³	79	35	71	29	61	47	67	20	73
Arbeitslose ³	56	-1	44	8	61	-28	61	2	53
Sonstige Nichterwerbspersonen	65	2	55	5	71	-2	57	3	62
Ausbildung ⁴									
Keine	76	2	61	10	38	38	49	30	66
Lehre, Fachschulabschluss	73	61	65	62	64	48	49	13	66
Hochschulabschluss	70	37	66	28	69	13	80	56	69
Alter									
Bis 24 Jahre	53	-5	42	8	23	5	58	24	46
25 bis 34 Jahre	59	16	47	20	63	61	57	30	56
35 bis 44 Jahre	69	14	58	5	71	-10	44	8	64
45 bis 54 Jahre	67	25	62	19	70	21	49	6	64
55 bis 64 Jahre	74	15	70	15	64	-44	63	11	70
65 bis 74 Jahre	77	22	70	20	67	32	74	16	72
75 Jahre und älter	82	12	72	13	52	36	63	4	74
Region									
Westdeutschland	74	69	66	75	65	90	49	121	68
Ostdeutschland	62	31	51	25	61	10	64	-21	60
Geschlecht									
Männer	69	75	66	49	66	36	56	60	66
Frauen	74	25	62	51	64	64	60	40	67
Insgesamt	72	100	64	100	65	100	58	100	66

1 Parteitreue Wählerinnen und Wähler wählten 2017 dieselbe Partei wie 2013.

2 Saldo von Zugängen und Abgängen an Stimmen 2017 gegenüber 2013.

3 Einschließlich Erwerbstätige.

4 Ohne Personen in einer Ausbildung.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

haben – oder die über ihr Wahlverhalten von 2017 keine Auskunft geben wollten.

Die FDP hatte 2017 nur jede sechste Stimme bereits vier Jahre zuvor erhalten. Dabei hat die FDP relativ mehr Stimmen von den Unionsparteien angezogen als von anderen; 4 von 10 FDP-Wählerinnen und -Wählern hatten sich 2013 noch für die Union entschieden. Weitere 15 Prozent der

FDP-Wählerschaft wählte 2013 noch die SPD. Ein Blick auf Grüne und Linke zeigt: Auch wenn beide Parteien ihr Wahlergebnis von 2013 auf 2017 kaum verbessern konnten, profitierten sie aber gleichwohl erheblich von der Schwäche der SPD. Jeweils 17 Prozent der Wählerschaft hatten 2013 noch die SPD gewählt. Zu guter Letzt: Es gab auch wechselseitige Wählerwanderungen zwischen Union und SPD, von denen die Union netto weitaus mehr profitierte als die SPD.

Tabelle 3

Parteitreue sowie Stimmenverluste und -gewinne von FDP und AfD

Anteil der Personen, die 2013 und 2017 dieselbe Partei wählten, Anteil einer Gruppe am Stimmengewinn, sowie Veränderung der Stimmen einer Gruppe, alle Angaben in Prozent

Merkmale in Jahr 2014	FDP			AfD		
	Parteitreue Wählerschaft ¹	Stimmengewinne ²	Veränderung 2017 gegenüber 2013 in Prozent	Parteitreue Wählerschaft ¹	Stimmengewinne ²	Veränderung 2017 gegenüber 2013 in Prozent
Status						
Abhängig Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten	64	5	293	82	18	994
qualifizierten Tätigkeiten	47	31	369	50	36	259
in akademischen Berufen	50	5	119	62	3	73
Selbständige, ManagerInnen	69	11	136	50	5	178
In Ausbildung ³	69	11	241	51	1	39
In Rente oder Pension ³	51	31	178	37	20	186
Arbeitslose ³	29	2	848	19	10	1421
Sonstige Nichterwerbspersonen	51	4	258	73	6	365
Ausbildung ⁴						
Keine	38	38	282	71	11	432
Lehre, Fachschulabschluss	64	48	291	50	81	332
Hochschulabschluss	69	13	139	47	8	61
Alter						
Bis 34 Jahre	60	27	301	50	21	209
35 bis 54 Jahre	61	29	204	55	47	342
55 bis 69 Jahre	54	26	212	60	25	277
70 Jahre und älter	45	17	163	24	7	99
Region						
Westdeutschland	54	82	196	45	53	175
Ostdeutschland	69	18	385	65	47	510
Geschlecht						
Männer	56	47	170	54	69	290
Frauen	54	53	285	44	31	196
Insgesamt	55	100	216	50	100	252

1 Parteitreue Wähler und Wählerinnen wählten 2017 dieselbe Partei wie 2013.

2 Saldo von Zugängen und Abgängen an Stimmen 2017 gegenüber 2013.

3 Einschließlich Erwerbstätige.

4 Ohne Personen in einer Ausbildung.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Recht stabil ist die Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. So hat von denen, die schon 2013 nicht zur Bundestagswahl gingen, die Hälfte auch vier Jahre später nicht gewählt. Von den übrigen haben 2017 einige für die AfD, für die Union, für kleinere oder für mehrere Parteien gestimmt.

Parteitreue steigt mit Alter und Qualifikationsniveau

Die Parteitreue – gemessen daran, ob jemand sowohl 2013 als auch 2017 dieselbe Partei gewählt hat – variiert erheblich nach sozialen Merkmalen. Vor allem fällt auf: Mit dem Alter nimmt die Parteitreue zu (Tabelle 2). Junge Leute haben folglich bei den Wahlen viel häufiger die Partei ausgetauscht als die Älteren. Es zeigen sich auch deutliche Ost-West-Unterschiede: Die Ostdeutschen haben öfter gewechselt als die Westdeutschen. Keine nennenswerten Unterschiede gibt es

zwischen den Geschlechtern, wohl aber nach dem Erwerbsstatus und den Qualifikationsniveaus. Als besonders parteitreu erwiesen sich die Beschäftigten in einigen akademischen Berufen sowie Personen in der Unternehmensleitung. Relativ oft gewechselt hatten 2017 indes Arbeitslose sowie abhängig Beschäftigte mit manuellen Tätigkeiten (wie solche in Handwerksberufen oder industriellen Fertigungsberufen). Dementsprechend änderten auch Personen mit mittlerem Qualifikationsniveau häufiger ihr Wahlverhalten als Personen mit Hochschulabschluss.

Vor allem das veränderte Wahlverhalten der Beschäftigten mit qualifizierten manuellen Tätigkeiten hatte 2017 bei der Union, der SPD, aber auch bei den Linken zu Stimmenverlusten geführt. Gravierende Verluste hatten der CDU/CSU und der SPD zudem die Personen im Ruhestand beschert. Diese Parteien hatten auch unter der Abkehr der Personen

Tabelle 4

Ausgewählte Merkmale der Wählerschaften der Parteien 2013 und 2017

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	Nichtwähler-schaft	Wahlberechtigte insgesamt ¹
Bundestagswahl 2017								
Geschlecht (Anteil in Prozent)								
Männer	46	51	44	50	53	66	47	49
Frauen	54	49	56	50	47	34	53	51
Region (Anteil in Prozent)								
Westdeutschland	86	88	90	62	85	65	73	81
Ostdeutschland	14	12	10	38	15	35	27	19
Alter								
Jahre – Durchschnitt	56,9	56,1	48,0	50,0	51,5	50,3	47,0	52,3
Jahre – Median	57	57	48	51	52	52	45	53
Anteil der Beschäftigten im öffent-lichen Dienst an allen Erwerbstätigen (in Prozent)	29	28	38	27	25	17	17	27
Bundestagswahl 2013								
Geschlecht (Anteil in Prozent)								
Männer	48	50	43	49	59	56	46	48
Frauen	52	50	57	51	41	44	54	52
Region (Anteil in Prozent)								
Westdeutschland	83	86	90	42	89	79	72	80
Ostdeutschland	17	14	10	58	11	21	28	20
Alter								
Jahre – Durchschnitt	56,2	55,2	46,4	53,6	53,4	51,1	47,7	52,5
Jahre – Median	57	56	46	55	53	52	47	52
Anteil der Beschäftigten im öffent-lichen Dienst an allen Erwerbstätigen (in Prozent)	27	29	40	27	27	30	15	27

¹ Einschließlich Personen, die mehrere der genannten oder andere als die genannten Parteien gewählt haben sowie der Personen ohne Angabe über ihr Wahlverhalten.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

mit qualifizierten nicht manuellen Tätigkeiten zu leiden. Im Gegensatz dazu hat die Linke bei dieser Gruppe und bei Personen im Ruhestand zugelegt, überdies bei den Personen in Ausbildung. Und sie hat nur im Westen dazu gewonnen, im Osten dagegen an Zustimmung verloren. Für ihre klassische Klientel, also für Wählerinnen und Wähler mit manuellen Tätigkeiten sowie generell mit einfachen Jobs, hat die Linke indes an Attraktivität eingebüßt. Die Grünen haben ihre treueste Anhängerschaft unter den Personen in akademischen Berufen, insbesondere sozialwissenschaftlicher oder künstlerischer Art. Ein erheblicher Teil ihrer Stimmengewinne bei der letzten Bundestagswahl rührt daher, dass sie hier noch zulegen konnten, während sie bei Personen im Management sowie bei Unternehmerinnen und Unternehmern eher verloren haben. Auch haben vermehrt Personen im Ruhestand „Grün“ gewählt. Außerdem ist auffallend, dass die Grünen Stimmenzuwächse vor allem bei Frauen hatten.

Zugewinne für die AfD vor allem von Beschäftigten mit mittlerer Qualifikation, von Personen im Ruhestand und von Männern

Anders liegen die Dinge bei AfD und FDP. Weil sich ihre Stimmenanteile von 2013 auf 2017 mehr als verdoppelt haben, sind schon deshalb vor allem die Zugänge an Stimmen von

Interesse.⁸ Hinzu kommt in beiden Fällen eine vergleichsweise geringe Parteitreu. Es gab daher eine erhebliche Fluktuation bei den Wählerstimmen.

Am treuesten waren im Falle der FDP die Auszubildenden sowie die Personen der Selbständigen- und Managergruppe (Tabelle 3). Bei der AfD fällt vor allem auf, dass – anders als bei den übrigen Parteien – die Personen mit einfachen Tätigkeiten und geringer Qualifikation der Partei die Stange gehalten haben. Zudem zeigt sich nur teilweise das übliche Muster, dass mit dem Alter die Parteitreu zunimmt. Bei der AfD steigt mit dem Alter die Parteitreu nur unter den Erwerbstätigen; von den Personen im Ruhestand, die 2013 die AfD gewählt hatten, wandten sich die meisten vier Jahre später wieder ab. Bei der FDP zeigt sich im Unterschied zu allen anderen Parteien ein umgekehrtes Verhältnis von Alter und Parteitreu: Es sind die Jüngeren, die der Partei zwischen den beiden Wahlen treu geblieben sind.

⁸ Die AfD und die FDP erhielten 2013 noch wenig an Zustimmung; entsprechend gibt es auch in den Daten des SOEP für den Zeitverlauf keine große Fallzahlen um die Wähler und Wählerinnen so differenziert wie bei Union, SPD, Grünen und Linken aufzugliedern. Es sind nur gröbere Aufschlüsselung möglich.

Tabelle 5

Wählerstruktur der Parteien nach Erwerbsstatus 2013 und 2017
In Prozent

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	Nichtwähler-schaft	Wahlberechtigte insgesamt ¹
Bundestagswahl 2017								
Abhängig Beschäftigte mit								
einfachen manuellen Tätigkeiten	1	3	1	3	1	6	8	3
qualifizierten manuellen Tätigkeiten	4	6	2	5	3	13	8	6
einfachen nicht manuellen Tätigkeiten	4	6	3	6	3	10	12	6
qualifizierten nicht manuellen Tätigkeiten	25	23	33	24	28	24	16	25
akademischen Berufen – naturwissenschaftl.	3	3	7	3	4	2	1	3
akademischen Berufen – sozialwissenschaftl., künstler.	1	2	3	2	2	1	1	1
akademischen Berufen – Lehrkräfte	2	2	5	3	1	1	0	2
Solo-Selbständige	3	1	4	2	4	2	2	2
KleinunternehmerInnen	2	1	2	1	3	1	0	1
ManagerInnen, UnternehmerInnen	4	2	3	1	4	3	2	3
Auszubildende	1	1	3	2	2	2	4	2
In schulischer oder universitärer Ausbildung ²	3	4	9	9	8	1	3	5
In Rente oder Pension ²	41	39	19	30	30	24	27	32
Arbeitslose ²	2	3	3	5	1	6	10	4
Sonstige Nichterwerbspersonen	4	4	4	5	4	5	6	5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Bundestagswahl 2013								
Abhängig Beschäftigte mit								
einfachen manuellen Tätigkeiten	2	3	1	4	2	2	7	3
qualifizierten manuellen Tätigkeiten	5	5	2	7	2	8	9	6
einfachen nicht manuellen Tätigkeiten	4	5	2	6	1	5	8	5
qualifizierten nicht manuellen Tätigkeiten	23	23	31	18	18	24	17	23
akademischen Berufen – naturwissenschaftl.	3	2	6	3	3	6	1	3
akademischen Berufen – sozialwissenschaftl., künstler.	1	2	5	2	2	2	1	2
akademischen Berufen – Lehrkräfte	2	2	6	2	1	2	0	2
Solo-Selbständige	3	2	5	2	5	5	2	3
KleinunternehmerInnen	2	1	2	1	3	1	1	1
ManagerInnen, UnternehmerInnen	4	3	4	3	8	3	2	3
Auszubildende	2	2	1	1	1	4	4	2
In schulischer oder universitärer Ausbildung ²	3	5	10	6	9	5	4	5
In Rente oder Pension ²	41	39	17	33	37	28	26	33
Arbeitslose ²	2	3	2	10	2	2	11	4
Sonstige Nichterwerbspersonen	5	4	6	4	6	4	6	5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

1 Einschließlich Personen, die mehrere der genannten oder andere als die genannten Parteien gewählt haben sowie der Personen ohne Angabe über ihr Wahlverhalten.

2 Einschließlich Erwerbstätige.

Quelle: Sozio-ökonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Beide Parteien haben über die verschiedenen sozialen Gruppen hinweg flächendeckend stark hinzugewonnen. Bei der FDP schlugen vor allem die zusätzlichen Stimmen von Personen mit einem Job mittlerer Qualifikation sowie von Personen im Ruhestand zu Buche. Bei den Auszubildenden und bei den Personen im Management bzw. in unternehmerischer Leitung konnte die Position geringfügig verbessert werden. Die AfD hat ebenfalls vor allem bei Erwerbstätigen mit einer mittleren Qualifikation zugelegt, namentlich bei den abhängig Beschäftigten in einem Lehrberuf. Zudem hat die Partei eine erhebliche Zahl an Personen ohne Ausbildung sowie von Personen im Ruhestand angezogen, obwohl sie in

dieser Gruppe gleichzeitig viele der Wählerinnen und Wähler aus dem Jahr 2013 verloren hat. Vor allem Männer haben zu den Stimmengewinnen beigetragen und – gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten – relativ viele Ostdeutsche.

Wählerstruktur der AfD hat sich am stärksten verändert; die Linke kommt im Westen an

Zwischen zwei Wahlen lassen sich im Allgemeinen keine großen Änderungen in der Wählerstruktur der einzelnen Parteien erwarten. Das trifft im Vergleich von 2013 zu 2017 insbesondere auf CDU/CSU und SPD zu. In der Tendenz

wurden beide Parteien jedoch auch etwas „westlicher“ (Tabelle 4).

Konzentriert man sich ausschließlich auf die Wählerstruktur der Bundestagswahl 2017, sind die Wählerschaften der Unionsparteien und der SPD sozialstrukturell relativ breit gestreut. Aber im Vergleich zum Bevölkerungsschnitt erfahren sie trotz nicht unerheblicher Verluste immer noch bei einer Wählergruppe überproportionalen Zuspruch: bei den Personen im Ruhestand (Tabelle 5). Das war auch schon bei der Wahl 2013 so. Die Wählerschaften von Union und SPD sind mithin relativ alt, und zwischen 2013 und 2017 hat sich die Alterung fortgesetzt. Hier macht sich offensichtlich bemerkbar, dass die älteren Menschen den einmal gewählten Parteien besonders häufig treu bleiben.

Bei der Linken zeichnet sich eine markante Änderung in ihrer Wählerstruktur ab: 2013 galt sie noch als Ostpartei, da sich sogar in absoluten Zahlen mehr Ost- als Westdeutsche für die Linke entschieden. Bei der Wahl 2017 verschob sich die Zusammensetzung der Linken-Wählerschaft jedoch „in Richtung Westen“. Damit einher ging auch eine Verschiebung ihres Wählerprofils: weg von den Personen im Ruhestand, Arbeitslosen und abhängig Beschäftigten mit einfachen Jobs hin zu Beschäftigten in Lehrberufen, Personen in Ausbildung (insbesondere universitärer Art) und hin zu manchen Personen mit akademischem Abschluss (etwa Lehrkräften). Entsprechend ist das Durchschnittsalter ihrer Wählerschaft gesunken.

Die FDP war 2013 noch eine der „westlichsten“ Parteien und eine der „männlichsten“. Mit der Wahl von 2017 ist ihr in ihrem Wählerprofil ein Schritt in die Gegenrichtung gelungen: Der Anteil der ostdeutschen und der weiblichen Wählerschaft ist kräftig gestiegen. Auch ist die Wählerschaft im Schnitt jünger geworden. Noch stärker als die Linke hat die FDP den Anteil der Beschäftigten mit Tätigkeiten mittlerer Qualifikation erhöht.

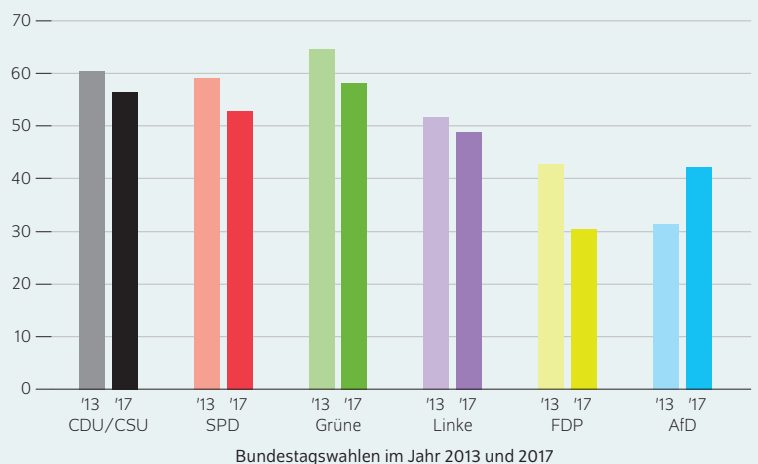
Bei der AfD hat sich im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 die Wählerstruktur am stärksten verändert. Sie ist 2017 zur zweiten wichtigen Ostpartei (neben der Linken) aufgestiegen. Und rund zwei Drittel ihrer Wähler waren 2017 Männer. Während die AfD 2013 noch relativ stark von akademischen Beschäftigten und Personen im öffentlichen Dienst gewählt wurde, hat sie sich 2017 zu einer Arbeiterpartei entwickelt. Ebenso gaben Personen in schulischer oder universitärer Ausbildung dieser Partei im Jahr 2017 im Vergleich zu 2013 kaum noch ihre Stimme. In keiner anderen Partei war 2017 unter der Wählerschaft der Anteil der Beschäftigten mit manuellen Tätigkeiten und einfachen, nicht manuellen Tätigkeiten so hoch wie bei der AfD.⁹ Auch relativ viele Arbeitslose hatte die Partei 2017 für sich gewonnen. Die stark veränderte Wählerstruktur dürfte mit der veränderten inhaltlichen Ausrichtung der Partei zusammenhängen, die sich früher vor allem die Kritik an den diversen

⁹ Damit werden frühere Analysen zur Parteibindung bestätigt, wonach die AfD sich zunehmend zu einer Arbeiterpartei entwickelt, siehe Brenke und Kritikos (2017) a. a. O.

Abbildung 1

Stimmenanteil, der auf die Personen mit Bindung zu einer Partei entfiel

Anteil an allen Stimmen für die jeweilige Partei in Prozent



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Bei nahezu allen Parteien war der Stimmenanteil von Personen mit einer Parteibindung 2017 geringer als bei der Wahl 2013. Die Ausnahme ist die AfD.

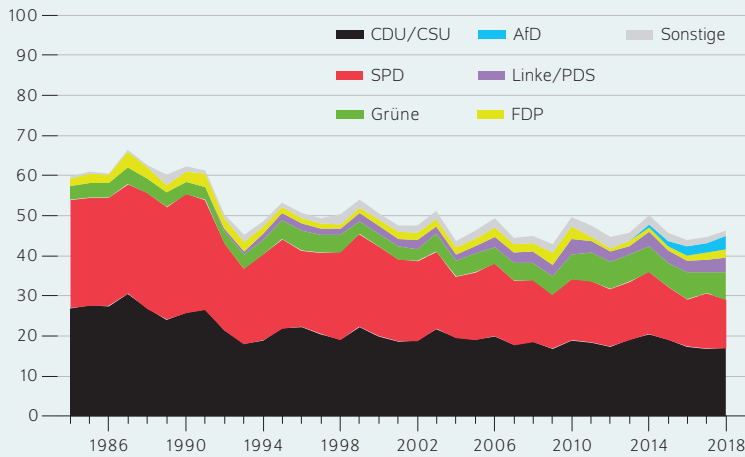
Euroretungsmaßnahmen auf ihre Fahnen geschrieben hatte und nach der hohen Asylzuwanderung 2015/2016 der Einwanderungspolitik oberste Priorität einräumte.

Im Gegensatz dazu hat sich bei den Grünen in der Zusammensetzung der Wählerschaft von 2013 zu 2017 kaum etwas verändert. Die Grünen sind die „westlichste“ Partei (mit 91 Prozent ihrer Wählerschaft), aber auch die „weiblichste“ Partei (56 Prozent ihrer Wählerschaft). Die Grünen können allein deshalb als Gegenpol der AfD angesehen werden. Das gilt auch für weitere sozioökonomische Merkmale. So ist in der Wählerschaft der Grünen der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, der Angestellten mit qualifizierten, nicht manuellen Tätigkeiten und der Anteil der Erwerbstätigen in akademischen Berufen bei weitem am höchsten. Bei der AfD sind die entsprechenden Anteile am niedrigsten. Dasselbe gilt für die Personen in schulischer oder universitärer Ausbildung. Andererseits finden sich Arbeiterinnen und Arbeiter wie generell Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten selten in der Wählerschaft der Grünen – noch seltener als bei der FDP.¹⁰

¹⁰ Das bestätigen auch Ergebnisse auf Kreisebene, wonach AfD und Grüne in Kreisen mit entgegengesetzten Strukturmerkmalen gewählt werden, siehe Marcel Fratzscher, Christian Franz und Alexander S. Kritikos (2019): Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, DIW Wochenbericht Nr. 34, 591–602 (online verfügbar).

Abbildung 2

Personen mit geringer bis sehr starker Bindung an eine Partei Anteile an allen Wahlberechtigten in Prozent



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Seit Anfang der neunziger Jahre hat die Parteibindung deutlich abgenommen.

Die Bindung an eine Partei nimmt im Zeitverlauf ab

Das Ausmaß der Verbundenheit mit einer Partei kann unterschiedlich stark sein. Manche Wahlberechtigte entscheiden sich bei jeder Wahl neu. Andere wählen dieselbe Partei immer wieder – mitunter lebenslang. Das SOEP erfasst auch Informationen über die Parteibindung. Im Unterschied zur Parteitreuheit, die das Wahlverhalten in der jeweiligen Bundestagswahl wiedergibt, wird hier erhoben, welcher Partei die Befragten unabhängig von Wahlen zuneigen und wie stark das der Fall ist.¹¹

Bezieht man die Personen mit einer Parteibindung auf die Wähler und Wählerinnen der jeweiligen Partei, zeigt sich, dass der entsprechende Anteil unter den Grünen am höchsten ist, dicht gefolgt von Union und SPD (Abbildung 1). Auffallend ist, dass bei nahezu allen Parteien der Stimmenanteil von Personen mit einer Parteibindung 2017 geringer war als bei der Wahl 2013. Die Ausnahme ist die AfD. Sie hat mit hin nicht nur stark an Stimmen hinzugewonnen und ihre Wählerstruktur stark verändert, sondern dabei auch die Bindung an die Partei erhöht.

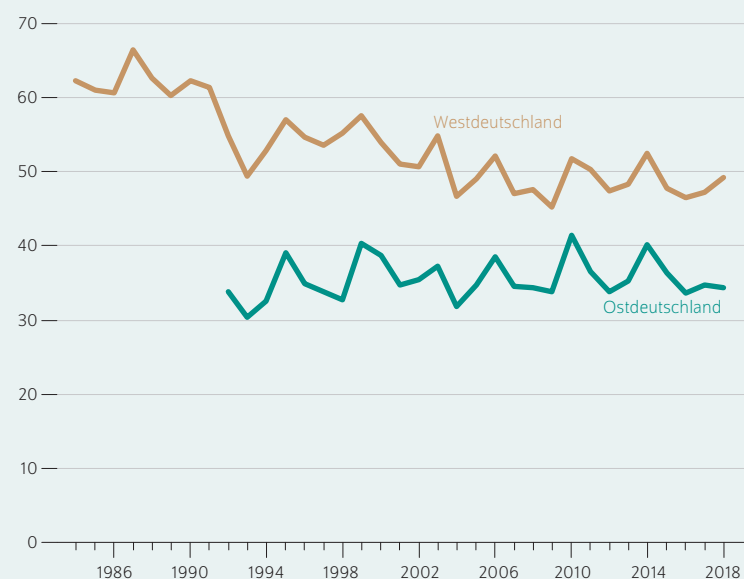
Wird ein längerer Zeitraum in den Blick genommen, zeigt sich eine deutliche Tendenz zur Abnahme der Parteibindung. Verfügbar sind Daten ab 1984. In der „alten“ Bundesrepublik, also noch vor der Wiedervereinigung, gaben fast zwei Drittel der Wahlberechtigten an, dass sie einer Partei zuneigen würden (Abbildung 2). Inzwischen ist es im vereinten Deutschland weniger als die Hälfte. Die Zeitreihen weisen deutliche Ausschläge mitunter von Jahr zu Jahr auf; es könnte sein, dass einzelne Ereignisse die Bindung beeinflussen. Ein Beispiel ist die Flut von 2002, die die Zustimmung zu der damaligen Kanzlerpartei SPD erhöhte. Auf denselben Effekt dürften die stark gestiegenen Umfragewerte für die Unionsparteien angesichts der aktuellen Corona-Krise zurückzuführen sein.¹² Die Wirkung solcher Ereignisse auf die Zustimmung für die Parteien hält, wie Abbildung 2 zeigt, nicht lange an.

Die Auflösung der Parteibindung erfolgte nicht stetig, sondern in Schüben. Besonders stark bemerkbar machte sich die deutsche Einheit. Durch den Beitritt der DDR stieg die Zahl der Wahlberechtigten. Viele der früheren DDR-Bürgerinnen und -Bürger hielten – wohl aufgrund ihrer Erfahrungen – eher Abstand zu den Parteien. Das ist bis heute so geblieben, denn der Anteil der Personen mit einer Parteibindung unter den Wahlberechtigten im Osten hat sich seit der Einheit kaum verändert (Abbildung 3). Interessanterweise erodierte mit der Deutschen Einheit aber auch in Westdeutschland die Parteibindung. Ab 2010 stagnierte sie – weiterhin unter Ausschlägen von Jahr zu Jahr.

Abbildung 3

Personen mit geringer bis sehr starker Bindung an eine Partei nach Regionen

Anteile an allen Wahlberechtigten in Prozent



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Der Anteil der Personen mit einer Parteibindung unter den Wahlberechtigten im Osten ist geringer als im Westen.

¹¹ Vorgegeben wird eine fünfstufige Skala, von sehr stark bis sehr schwach.

¹² Vgl. u. a. die Ergebnisse der jüngsten Umfragen etwa von Kantar und von Infratest dimap von Mitte April 2020.

Einen besonders starken Rückgang der Parteibindung ist in den Jahren nach 1990 vor allem bei der Sozialdemokratie zu beobachten – gefolgt von den Unionsparteien. Bei den Grünen und den Linken machte sich der Aufschwung bei den Wahlen bemerkbar und immer mehr Wahlberechtigte neigen diesen Parteien zu. Dasselbe gilt seit den letzten Jahren für die AfD.

SPD am ehesten eine Volkspartei, die Grünen am wenigsten

Der sozialdemokratische Bundesfinanzminister Olaf Scholz erklärte kürzlich in einem Interview, dass er die SPD als eine Volkspartei einstufte, die Grünen jedoch nicht.¹³ Als Volksparteien wird ein Typus von Parteien verstanden, der möglichst breite Wählerschichten, somit alle Bevölkerungsteile für sich gewinnen will. In Deutschland ist es üblich, die Unionsparteien und die SPD als Volksparteien anzusehen.¹⁴

Werden die Wähler und Wählerinnen einer Partei bzw. die ihr zuneigenden Personen nach dem Erwerbsstatus betrachtet, wird deutlich: Die Wähler- und die Anhängerschaft der SPD weicht wenig von der Struktur aller Wahlberechtigten ab (Tabelle 6).¹⁵ Insofern könnte die SPD tatsächlich als Volkspartei bezeichnet werden. Ebenso ähnlich wie die Struktur der gesamten Wahlberechtigten ist inzwischen auch die Struktur von Wähler- und Anhängerschaft bei den Linken. Dann folgen die Unionsparteien und die FDP. Sehr spezifisch ist dagegen die Wähler- und Gefolgschaft der Grünen. Das gilt auch, aber nicht ganz so sehr, für die AfD.

Fazit: Parteienlandschaft wird vielfältiger

Mittlerweile sind sieben Parteien in den Deutschen Bundestag eingezogen. Die neue Vielfalt wird in Teilen der Wissenschaft kritisch gesehen. Meinhard Miegel etwa interpretiert sie als Auflösung einer Gemeinwohlorientierung zugunsten eines Umsichgreifens von Partikularinteressen. Nach ihm „scheinen alle freiheitlichen Staaten ihrer Unregierbarkeit“ zuzustreben.¹⁶

Tatsächlich waren etwa im ersten, 1949 gewählten Deutschen Bundestag noch elf Parteien vertreten. Das Land galt zur damaligen Zeit durchaus als regierbar. Erst danach sank die Zahl der Parteien – vor allem deshalb, weil es den Unionsparteien gelang, die Klientel der kleineren konservativen Parteien an sich zu binden.

Tabelle 6

Abweichungen der Erwerbsstruktur der Wählerschaft bzw. der Personen mit Parteibindung von der Erwerbsstruktur aller Wahlberechtigten Indexwerte¹

	Wählerschaft		Personen mit Parteibindung	
	2013	2017	2014	2018
CDU/CSU	10,0	10,9	15,0	17,6
SPD	6,4	8,1	10,4	13,3
Grüne	28,2	23,8	32,7	27,2
Linke	9,2	7,8	14,4	10,7
FDP	18,3	13,1	26,6	18,1
AfD	11,3	16,2	14,6	20,0
Nichtwählerschaft	19,9	22,8		

1 Von 0 = völlige Übereinstimmung mit der Struktur der Wahlberechtigten bis 50 = völlige Abweichung von der Struktur der Wahlberechtigten.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (v35); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Wenn daher heute von einer Zersplitterung des Parteiensystems die Rede ist, so scheint die Erinnerung nur bis in die sechziger Jahre zu reichen, als es neben den beiden dominierenden Blöcken von Union und Sozialdemokratie lange Zeit nur die FDP gab. Mitte der 1980er Jahre kamen die Grünen hinzu und nach der deutschen Einheit die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). 2017 folgte die AfD. Vor diesem Hintergrund erscheint die These problematisch, wonach der Parlamentarismus in der Bundesrepublik aufgrund der Hinwendung zu Partialinteressen auf eine Abkehr vom Gemeinwohlgedanken hindeute. Denn schon immer wurden in den Parlamenten die Interessen einzelner Gruppen wie der Bauernschaft, der Arbeiterklasse oder des Mittelstands vertreten. Und die Geschichte der Arbeiterparteien ist fast so alt wie die Industrialisierung. Vielmehr ist es gerade die Aufgabe der Volksvertretung und somit auch der Parteien, die Interessen ihrer Wähler und Wählerinnen zu vertreten. Das Parlament diente früher immer und dient auch heute noch dem Ausgleich von Partikularinteressen.

Die hier vorgelegte Untersuchung legt nahe, dass sich abseits der Volksparteien die kleineren Parteien als Sammelbecken jeweils besonderer sozialer Milieus etabliert haben. In der alten Bundesrepublik galt das nur für die FDP, die als Partei der Besserverdienenden angesehen wurde. Die eigentlichen neuen Gegenpole machen aber die Wählerschaften der Grünen und der AfD aus. Die Wählerschaft der Grünen ist eher weiblich, akademisch ausgebildet oder im Studium, in entsprechend gut bezahlten Tätigkeiten, im öffentlichen Dienst beschäftigt und westdeutsch. Die AfD ist dagegen mehr eine Partei der „kleinen Leute“, vor allem männlich und stärker in Ostdeutschland vertreten. Bei der Bundestagswahl 2013 sprach die AfD dagegen noch andere Wählergruppen an. Verändert hat sich ebenfalls die Wählerstruktur der Linken; sie ähnelt mehr und mehr der Struktur der grünen Wählerschaft.

¹³ Vgl. Welt am Sonntag (2020): Olaf Scholz „Die SPD ist eine Volkspartei, die Grünen eher nicht“ Ausgabe vom 1. März (online verfügbar; abgerufen am 2. April 2020)

¹⁴ Vgl. Deutscher Bundestag, wissenschaftlicher Dienst (2016): Volksparteien – Begriffsbestimmung und interne Entscheidungsabläufe. Ausarbeitung WD 1 – 3000 – 003/14.

¹⁵ Die gesamte Abweichung ist die Summe der absolut gesetzten Differenzen der Strukturanteile von Wählerschaft (bzw. Anhängerschaft) und Wahlberechtigten. Je höher der ermittelte Wert, desto geringer ist die Übereinstimmung der Wählerschaft einer Partei mit der Struktur aller Wahlberechtigten. Bei völliger Übereinstimmung ergibt sich der Wert 0, bei totaler Abweichung der Wert 50.

¹⁶ Vgl. Meinhard Miegel (2018): Das Ganze wird schon für sich selber sorgen? Von wegen! Die Welt vom 15. Februar 2018 (online verfügbar).

Die Veränderung der Parteienlandschaft zwischen den letzten Bundestagswahlen ist auf Kosten der großen Parteien gegangen. Sie haben auf das Konzept der Volkspartei gesetzt. Es kann sein, dass dieses Konzept nicht trägt. Denn wer es allen recht machen will, verliert das Profil. Union und SPD hatten sich zwar schon früher mit dem Etikett Volkspartei geschmückt, tatsächlich aber viel stärker bestimmte soziale Milieus vertreten. Bei der SPD war es die Arbeiterschaft und generell die Bevölkerung in den Großstädten, bei der Union war es die kirchlich geprägte Wählerschaft in den dünner besiedelten Regionen.

Aktuell profitiert die Union den Wahlumfragen zufolge zwar enorm von der Corona-Krise, denn sie stellt die Bundeskanzlerin. Stimmungen sind aber vergänglich, und wie die Erfahrungen lehren, hält ein in einer Krise entstandener Kanzlerbonus nicht lange. Dann werden sich die Volksparteien wieder mit dem Problem auseinandersetzen müssen, wie sie mit der Vielfalt von Milieus und Interessen umgehen.

Karl Brenke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Alexander S. Kritikos ist Leiter der Forschungsgruppe Entrepreneurship am DIW Berlin | akritikos@diw.de

JEL: D72, Z13

Keywords: German political parties, Voting behavior, Party identification

INTERVIEW



„Das Konzept der Volksparteien ging 2017 nicht mehr auf“

Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Leiter der Forschungsgruppe Entrepreneurship am DIW Berlin

1. **Herr Kritikos, Sie haben untersucht, wie sich das Wahlverhalten zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017 verändert hat. Müssen wir uns von dem Begriff der Volkspartei verabschieden?** Wenn es darum geht, dass eine Partei von einem sehr großen Anteil der Bevölkerung gewählt wird, dann ja, denn SPD und CDU kommen zusammen nur noch auf etwas mehr als 50 Prozent, sie waren auch einmal bei 90 Prozent. Wenn es darum geht, dass die Wählerschaft einer Partei den Querschnitt der Bevölkerung abbildet, dann nein, denn die Wählerschaft von Union und SPD ist der Zusammensetzung aller Wahlberechtigten immer noch sehr ähnlich.
2. **Welche Parteien konnten von den Stimmenverlusten der Unionsparteien profitieren?** Folgt man der Vorstellung, dass die Wählerschaft vornehmlich innerhalb eines Lagers wechselt, würde die Unionswählerschaft wohl in erster Linie zur AfD abwandern. Das konnten wir aber nur teilweise beobachten. 25 Prozent der von der Union abgewanderten Wählerschaft ist bei der AfD gelandet, alle anderen sind zu anderen Parteien gegangen. Am stärksten hat die FDP profitiert.
3. **Wohin ist die Wählerschaft der SPD abgewandert?** Die ehemalige Wählerschaft der SPD hat sich noch breiter über alle Parteien gestreut. Man würde auch hier vermuten, dass sie stärker zu den Grünen und zur Linken abwandern, aber das können wir so nicht bestätigen. Union und FDP haben mehr Stimmen von der SPD-Wählerschaft abgezogen.
4. **Die AfD hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens starke Veränderungen durchgemacht. Trifft das auch auf ihre Wählerstruktur zu?** Definitiv. Die AfD war 2013 noch eher eine Partei der Akademikerinnen und Akademiker sowie der Menschen im öffentlichen Dienst. Heutzutage ist die AfD vor allem eine Ostpartei, sowie eine Partei, die überwiegend von Männern gewählt wird und von Menschen, die in einfachen Berufen arbeiten.
5. **Inwieweit hat sich die Wählerstruktur bei den Grünen, der Linken und der FDP verändert?** Bei den Grünen war die geringste Veränderung zu beobachten. Sie sind aber noch westlicher geworden, und sie sind die weiblichste Partei. Interessanterweise gelingt es der Linken immer mehr, sich der Wählerstruktur der Grünen anzunähern. Sie haben es geschafft, inzwischen auch unter Akademikerinnen und Akademikern zu reüssieren und sich besser als in der Vergangenheit im Westen zu platzieren. Die FDP wiederum ist in Ostdeutschland stärker geworden. Ihr ist es wie auch der Linken gelungen, sich zu verjüngen, und sie hat bei den Tätigkeiten mit mittlerem Qualifikationsniveau stark zugelegt.
6. **Wie sieht es aus, wenn man das Wahlverhalten nach dem Alter differenziert?** Auffallend ist, dass Union und SPD bei Personen im Ruhestand am besten reüssieren. Hingegen ist die Wählerschaft der Grünen im Vergleich zu allen anderen 2017 nach wie vor die jüngste gewesen, inzwischen aber dicht gefolgt von der Linken und der FDP.
7. **Welches Fazit können Sie nach Ihrer Analyse der Wählerwanderungen ziehen?** Erstens ist deutlich geworden, dass die Volksparteien mit ihrem Versuch, es allen Wahlberechtigten recht machen zu wollen, zuletzt nur noch eingeschränkt Erfolg hatten. Zweitens bestätigt sich das Rechts-Links-Lagerdenken heutzutage kaum mehr. Die Wählerschaft wandert viel mehr über alle Lager hinweg. Drittens ist es wichtig hervorzuheben, dass wir jetzt sieben Parteien im Parlament haben. Viele haben die Befürchtung, dass damit eine gewisse Unregierbarkeit einhergeht. Ich denke, dass sieben Parteien durchaus auch in der Lage sein können, die Demokratie wieder mit mehr Leben zu versehen und dafür zu sorgen, dass die verschiedenen Interessen im Parlament besser ausgeglichen werden können, als dies früher etwa mit vier Parteien der Fall war.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



ALEXANDER S. KRITIKOS

Mehr Wertschätzung für Selbstständige und Kleinstunternehmen

Prof. Dr. Alexander S. Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Verabschiedung eines Rettungspakets, das die Selbstständigen und Inhaber kleinster Betriebe explizit miteinbezieht, war richtig und richtungsweisend. Denn die Corona-Krise trifft dieses Segment der Wirtschaft besonders heftig. Hinzu kommt, dass die Inhaberinnen und Inhaber dieser Betriebe oft über keine oder nur geringe Rücklagen verfügen. Vielen steht das Wasser bis zum Hals. Einige haben schon aufgegeben.

Die Kleinstunternehmen sind ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft. Und dazu gehören nicht nur Restaurants und Geschäfte, sondern auch die Kultur- und Kreativwirtschaft und viele weitere wissensintensive Dienstleistungen, die als wachstumsstark gelten und knapp 20 Prozent zur Bruttowertschöpfung in Deutschland beitragen. Im Gegensatz zum verarbeitenden Gewerbe, wo die Mehrheit der Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten arbeitet in den wissensintensiven Dienstleistungen etwa ein Drittel für ein Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten, also in Kleinstunternehmen. Sie stellen das Rückgrat dieses Wirtschaftszweigs dar.

Vielen droht durch die Corona-Krise die Pleite. In der Phase der Ausgangsbeschränkungen ging es in erster Linie darum, mit den nun häufig bereits gewährten staatlichen Liquiditätshilfen und des Kurzarbeitergelds diese Zeit zu überstehen und es den Unternehmen möglich zu machen, nach der Krise auch noch intakt zu sein. Doch vor allem der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie dem Gast- und Hotelgewerbe müssen nun weitere Hilfen gewährt werden, denn ein Ende des Lockdowns zeichnet sich für sie noch nicht ab.

Leider ziehen staatliche Hilfspakete immer Trittbrettfahrer und Kriminelle an, die auf ihre Art erfindungsreich sind, um sich Liquiditätshilfen auf widrige Weise zu erschleichen. Aber es wurden auch andere Bedenken geäußert und vor der Gewährung von Corona-Hilfen an sogenannte „Zombie-Unternehmen“ gewarnt – Unternehmen, die bei normaler Konjunktur aufgrund mangelnder Nachfrage den Markt hätten verlassen müssen.

Unstrittig ist, dass der Staat, so gut es geht, Trittbrettfahrer vom Zugang zu diesen Hilfen ausschließen muss. Verschiedene Bundesländer haben deshalb die Gewährung der Hilfen zeitweilig eingestellt. Dagegen ist die Umsetzung der Forderung, auch „Zombie-Unternehmen“ keine Hilfen zu gewähren, eine schwierige Gratwanderung, bei der zwei Fehler gemacht werden können: Entweder erhalten Unternehmen Liquiditätshilfen, obwohl sie unter normalen Umständen den Betrieb eingestellt hätten. Oder aber Unternehmen erhalten durch bürokratische Verzögerungen zu späte Unterstützung, obwohl sie unter normalen Umständen ein gesundes Unternehmen gewesen wären. Sie würden unnötigerweise in die Pleite getrieben.

Angesichts der Tatsache, dass jährlich nur zehn Prozent aller Unternehmen im Markt ausscheiden, ist die Wahrscheinlichkeit einer vorrangigen Finanzierung von „Zombie-Unternehmen“ gering. Selbst wenn alle „Zombie-Unternehmen“, aber von den „gesunden“ nur jeder dritte Betrieb Soforthilfen beantragt, ist die Wahrscheinlichkeit einer unnötigen Finanzierung mit 25 Prozent immer noch überschaubar. Mit anderen Worten: Die Gewährung von Liquiditätshilfen für Kleinstunternehmen muss weiterhin unbürokratisch gehandhabt werden.

Anderen Unternehmen eröffnet die Krise auch Chancen. Erfinderische und innovative Unternehmerinnen und Unternehmer werden diese Phase nutzen, um neue Marktzugänge und neue Formen der Produktion und Distribution ihrer Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Insofern ist damit zu rechnen, dass nach der Krise manche Märkte neu sortiert werden, innovative Unternehmungen in die Märkte eintreten und andere Unternehmungen aus den Märkten hinausdrängen. Hier sollte die Politik nicht mehr intervenieren. Man darf gespannt sein, welche Ideen in Zeiten der Corona-Krise geboren und sich auch danach am Markt durchsetzen werden.

Der Beitrag ist in einer längeren Fassung am 27. März 2020 auf capital.de erschienen.